



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Sozialausschuss**  
- L 212 -

Kiel, 17. März 2017  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1144  
(0431) 988 1171  
Fax (0431) 988 610 1180  
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***85. Sitzung des Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 16. März 2017, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nimmt folgende Berichte der Landesregierung - abschließend - zur Kenntnis:

- **Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen und umsetzen**

Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4587](#)

- **Psychiatriebericht 2016**

Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4921](#)

- **Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein - Derzeitige Situation und Zukunftsperspektiven**

Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/3338](#)

Dem Landtag empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU zur **Aufhebung des Kita-Geldes**, [Drucksache 18/4814](#) (neu), abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen Prüfdienst für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland**, [Drucksache 18/5190](#), unverändert anzunehmen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der CDU, **Kinderehen passen nicht zu unseren Werten - Schutzfunktion des Staates stärken**, [Drucksache 18/4511](#), sowie den dazu vorliegenden Änderungsanträgen der Koalition, [Drucksache 18/4664](#) (neu), und der FDP, [Drucksache 18/4665](#), schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusse an, die Anträge für erledigt zu erklären.

Er empfahl dem Landtag ferner mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, **Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher auch in Schleswig-Holstein ermöglichen**, [Drucksache 18/5155](#), abzulehnen, und mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Ausbildung von sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten und Erzieherinnen und Erziehern in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/5233](#), anzunehmen.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags der Fraktion der PIRATEN, **Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche absichern**, [Drucksache 18/4324](#), in der Fassung des [Umdrucks 18/7547](#).

Er kam sodann überein, sich dem Beschluss des federführenden Bildungsausschusses zum Bericht der Landesregierung, **Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/4685](#), anzuschließen.

Den Bericht der Landesregierung zur **Wirksamkeit ambulanter Hilfen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen**, [Drucksache 18/2025](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis. Er empfahl dem Landtag sodann im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses, einen Antrag zum Thema „Ambulante Hilfen zur Erziehung stärken“, [Umdruck 18/7546](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der PIRATEN, **Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern**, [Drucksache 18/1049](#), schloss sich der Sozialausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit gleichem Stimmverhältnis an.

Folgender Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt:

**Für eine integrative Pflegeausbildung**  
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4216](#).

Schluss: 15:30 Uhr

gez. Petra Tschanter